

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/6576)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 06. März 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkrei- sen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der Landtag hat mit Verabschiedung des Landeshaushalts 2022 für die Sicherung sozialer Infrastruktur in den Kommunen mit der Bereitstellung von Landesmitteln für Maßnahmen der örtlichen Jugendförderung, der Schulsozialarbeit sowie für Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" Sorge getragen. Mit dieser Mittelbereitstellung wird es den Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglicht, die soziale Infrastruktur in den Bereichen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit sowie den Handlungsfeldern des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" zu stabilisieren und einen strukturellen Beitrag zur Bewältigung der infolge der Pandemie entstandenen sozialen Herausforderungen sowie der aktuellen Aufgaben zur Betreuung und Unterbringung Geflüchteter zu leisten.

Es liegt auf der Hand, dass die mit dem Landtagsbeschluss verbundenen Förderungen der sozialen Infrastruktur auf Dauer ausgerichtet sein müssen, um bestmögliche Wirkung zu entfalten und den beteiligten Akteurinnen und Akteuren Planungssicherheit zu geben. Dies spiegelt auch der Entwurf des Landeshaushalts 2023 der Landesregierung wider. Hier sind folgende Mittel vorgesehen:

- für die örtliche Jugendförderung in Höhe von 17.472.000 Euro,
- für die Schulsozialarbeit in Höhe von 26.135.100 Euro,
- für überörtliche Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen des Landesjugendförderplans 4.809.000 Euro,
- für das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" in Höhe von 14.420.000 Euro.

Im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz sowie im Thüringer Familienförderungssicherungsgesetz sind die neuen Förderhöhen seinerzeit allerdings nicht ebenfalls explizit festgeschrieben worden.

In der aktuellen Debatte um die finanzielle Ausstattung der örtlichen Jugendförderung, der Schulsozialarbeit, des Landesjugendförderplans sowie des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" haben sich daher Vertreterinnen und Vertreter nahezu aller im

Landtag vertretenen Fraktionen für eine Verstetigung des neuen Haushaltsansatzes über das Jahr 2022 hinaus ausgesprochen. Diese Position wird auch von den Fachorganisationen der Jugend- und Sozialhilfe, den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Gewerkschaften und Lehrerverbänden geteilt.

Eine entsprechende, zügige Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes sowie des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes erscheint daher zur nachhaltigen Stärkung der kommunalen sozialen Infrastruktur und zur Gewährleistung von Planungssicherheit für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure unumgänglich.

B. Lösung

Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes in der Weise, dass dort die örtliche Jugendförderung künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 17.472.000 Euro, die Landesförderung der Schulsozialarbeit künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 26.135.100 Euro und die überörtlichen Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen des Landesjugendförderplans künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 4.809.000 Euro festgeschrieben werden, sowie Änderung des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes in der Weise, dass dort die Landesförderung für das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 14.420.000 Euro festgeschrieben wird.

C. Alternative

Keine

D. Kosten

1. Für das Land und die Kommunen:

Für die örtliche Jugendförderung stehen im Entwurf des Landeshaushaltes 2023 im Einzelplan 04 Kapitel 04 31 Titel 633 05 17.472.500 Euro und für die Schulsozialarbeit im Kapitel 04 31 Titel 633 06 26.135.000 Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden den Landkreisen und kreisfreien Städten als Festbetragsfinanzierung nach Maßgabe der jeweiligen Landesrichtlinie gewährt.

Für den Landesjugendförderplan stehen im Entwurf des Landeshaushaltes 2023 im Einzelplan 04 Kapitel 04 31 Titel 684 75 Erläuterungen Nr. 2 und 4 4.809.000 Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden den Trägern der überörtlichen Jugendarbeit im Rahmen des gültigen Landesjugendförderplans nach Maßgabe der jeweiligen Landesrichtlinie gewährt.

Mit der geplanten Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes wird die genannte Förderhöhe über das Haushaltsjahr 2023 hinaus als jährliche Mindestförderung verstetigt. So können die Mittel für die Kommunen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden.

Der Vollzugsaufwand wird im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel im Einzelplan 04 gedeckt.

Für das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" stehen im Entwurf des Landeshaushalts 2023 im Einzelplan 08

Kapitel 08 24 Titel 633 77 14.420.000 Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden den Landkreisen und kreisfreien Städten auf der Grundlage und nach Maßgabe der Richtlinie zum Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" (Richtlinie LSZ) als nicht rückzahlbare Zuwendungen gewährt.

Mit der geplanten Änderung des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes wird die genannte Förderhöhe über das Haushaltsjahr 2023 hinaus als jährliche Mindestförderung verstetigt. So können die Mittel für die Kommunen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden.

Der Vollzugaufwand wird im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel im Einzelplan 08 gedeckt.

Für die Landkreise und kreisfreien Städte entstehen über die bisherigen Eigenanteile hinaus keine gesetzlich festgelegten Kosten.

2. Finanzielle Auswirkungen für Bürger und Wirtschaft:

Für Bürger und Wirtschaft entstehen keine Kosten.

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes**

Das Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz in der Fassung vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2020 (GVBl. S. 345), wird wie folgt geändert:

1. In § 15 b Satz 1 wird die Angabe "15 Millionen Euro" durch die Angabe "17.472.000 Euro" ersetzt.
2. In § 18 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe "3,8 Millionen Euro" durch die Angabe "4.809.000 Euro" ersetzt.
3. In § 19 a Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe "22.251.000 Euro" durch die Angabe "26.135.100 Euro" ersetzt.

Artikel 2**Änderung des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes**

In § 4 Abs. 1 des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 813) werden die Worte "zehn Millionen Euro" durch die Angabe "14.420.000 Euro" ersetzt.

Begründung

Die geplante Novellierung zielt darauf ab, die mit der Einbringung des Entwurfes des Landeshaushalts 2023 veranschlagten Förderungen der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Kommunen sowie der überörtlichen Jugendförderung über das aktuelle Haushaltsjahr hinaus langfristig gesetzlich zu sichern. Dies erscheint zur nachhaltigen Stärkung der kommunalen sozialen Infrastruktur und zur Gewährleistung von Planungssicherheit für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure unumgänglich.

Dementsprechend soll es im Rahmen der vorliegenden Novelle zum einen zu einer Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes in der Weise kommen, dass dort die örtliche Jugendförderung künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 17.472.000 Euro, die Landesförderung der Schulsozialarbeit künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 26.135.100 Euro und die überörtliche Jugendförderung in einer Mindesthöhe von jährlich 4.809.000 Euro festgeschrieben werden. Zum anderen ist eine Änderung des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes in der Weise vorgesehen, dass dort die Landesförderung für das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" künftig in einer Mindesthöhe von jährlich 14.420.000 Euro festgeschrieben wird.

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Durch die Änderung wird in § 15 b Satz 1 ThürKJHAG die Angabe "15 Millionen Euro" durch die Angabe "17.472.000 Euro" ersetzt.

Zu Nummer 2:

Durch die Änderung wird in § 18 Abs. 2 Satz 2 die Angabe "3,8 Millionen Euro" durch die Angabe "4.809.000 Euro" ersetzt.

Zu Nummer 3:

Durch die Änderung wird in § 19 a Abs. 3 Satz 1 die Angabe "22.251.000 Euro" durch die Angabe "26.135.100 Euro" ersetzt.

Zu Artikel 2:

Durch die Änderung werden in § 4 Abs. 1 ThürFamFöSiG die Worte "zehn Millionen Euro" durch die Angabe "14.420.000 Euro" ersetzt.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blechschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Arbeitskreis THÜRINGER FAMILIEN Organisationen e.V.

AG Örtliche Jugendringe Thüringens

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Der Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V.

Organisationsberatungsinstitut Thüringen ORBIT e.V.

Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e.V.

Landesjugendring Thüringen e.V.

DGB Hessen-Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie Landesarbeitskreis Thüringen

Thüringischer Landkreistag

Landesjugendhilfeausschuss Landesjugendring Thüringen e.V.

Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/6576		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof hält das Festlegen von gesetzlich garantierten Mindestbeträgen zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur für nicht erforderlich.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail vorab	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 03.01.2023	(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:
Telefon 03672 446-100
Telefax 03672 446-998

praesidentin@
trh.thueringen.de

Ihr Zeichen:

**Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und
familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und
kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des
Freistaats**

Ihre Nachricht vom:
6. Dezember 2022

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Rudolstadt
3. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zum oben genannten Beratungsgegenstand erhalten Sie die Äußerung des
Thüringer Rechnungshofs mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.

Weiter erhalten Sie als Anlage das ausgefüllte Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Anlagen



TLT/31/23/8

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:

Telefon 03672 446-100

Telefax 03672 446-998

praesidentin@
trh.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
6. Dezember 2022

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Rudolstadt,
3. Januar 2023

**Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und
familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und
kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des
Freistaats**

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit o. g. Schreiben bat der Thüringer Landtag den Rechnungshof um schriftliche Darlegung seiner Auffassung zum o. g. Beratungsgegenstand. Der Rechnungshof bedankt sich für die Beteiligung und äußert sich wie folgt:

Der Rechnungshof hält es für bedenklich, in Gesetzen freiwillige Leistungen betragsmäßig festzuschreiben. Eine solche Mittelbindung engt den finanzpolitischen Handlungs- bzw. Entscheidungsspielraum des Parlaments ein. Gegebenenfalls notwendige werdende Einsparungen im Haushalt werden zudem erschwert.

Im konkreten Fall wurden mit den von 2018 bis 2020 erfolgten Gesetzesänderungen erstmals Mindestbeträge für Förderungen garantiert. In den Jahren seither erhöhte der Gesetzgeber die Haushaltsansätze für die vier Programme sukzessive, immer über die bisher gesetzlich festgelegten Mindestbeträge hinaus. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Haushaltsansätze bei den vier in Rede stehenden Förderprogrammen:

Entwicklung der Haushaltsansätze 2019 – 2023 in Mio. EUR

	2019	2020	2021	2022	2023
04 31 633 05 örtl. Jugendförderung	15,000 ¹	15,750	16,537	17,037	17,472
04 31 633 06 Schulsozialarbeit	11,382	22,251 ²	23,363	26,252	26,135
04 31 684 75 LJFP	2,870	3,536	3,800 ³	3,800	4,809
08 24 633 77 Landesprogramm SZG	9,398 ⁴	13,898	14,398	14,398	14,420

Die aus der Tabelle erkennbaren Ansatzserhöhungen nahm der Gesetzgeber aufgrund der von der Landesregierung in den Haushaltsaufstellungsunterlagen formulierten Begründungen vor. Die Unterlagen verwiesen im Wesentlichen auf notwendige Mittelerhöhungen für Personalausgaben der geförderten Verbände bzw. Träger infolge von Tarifsteigerungen bzw. Stufenaufstiegen. Die Ausgabenerhöhungen lagen jeweils zwischen 2,5 und 5 % der Vorjahresansätze.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung sind jährliche Anpassungen auch nach 2023 vorgesehen.

Gerade diese Verwaltungspraxis lässt ein gesetzliches Festschreiben von Mindestbeträgen für die Förderung entbehrlich erscheinen. Andernfalls wären künftig weitere Befassungen des Gesetzgebers zur Anpassung der garantierten Mindestbeträge zu erwarten. Außerdem steht die Garantie von Mindestförderbeträgen mit einer ergebnisoffenen Bedarfserhebung im Widerspruch.

Aktuelle Prüfungserfahrungen des Rechnungshofs liegen nicht vor. Die örtliche Jugendförderung und die Schulsozialarbeit wurden zuletzt 2016 für den Zeitraum 2012 bis 2014 geprüft. Dabei hatte der Rechnungshof kritisiert, dass die Bedarfserhebungen der Landkreise und kreisfreien Städte auf der Grundlage einzelner Indikatoren und der Bedarfsangaben der Schulen unzureichend sind. Außerdem fehlten gut ausgebildete Fachkräfte, was aus Sicht des Rechnungshofs die Wirkung der Schulsozialarbeit beeinträchtigt hatte.

¹ Gesetzesänderung vom 19. März 2019. Mindestbetrag wie Ansatz im Doppelhaushalt 2018/19 festgelegt.

² Gesetzesänderung vom 3. Juni 2020. Mindestbetrag wie Ansatz 2020 festgelegt.

³ Gesetzesänderung vom 3. Juni 2020. Mindestbetrag wie vorgesehener Ansatz 2021 festgelegt.

⁴ Gesetzesänderung vom 18. Dezember 2018. Mindestbetrag 10 Mio. EUR.

Der Rechnungshof erklärt seine Zustimmung zur Bereitstellung seiner Äußerung an Dritte.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Johannesstr. 127</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 127	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 127										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Familienpolitische Interessensvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Gesetzliche Verankerung von Mindestförderungen wird befürwortet. Dynamisierung wird befürwortet. Mindestförderungen auch für überörtliche Familienförderung nötig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Ur
Erfurt, 11.01.2023	

AKF Arbeitskreis
THÜRINGER
FAMILIEN
Organisationen
Johannesstraße 127 / 99084 Erfurt
Telefon: 0361-660 116 86
akf@familien-in-thueringen.de
www.familien-in-thueringen.de

THUR. LANDTAG POST
11.01.2023 15:11



Arbeitskreis
**THÜRINGER
FAMILIEN**
Organisationen

1034/2023

Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.

Johannesstraße 127
99084 Erfurt
Telefon: 0361 / 660 116 85
akf@familien-in-thueringen.de

Arbeitskreis **THÜRINGER FAMILIEN** Organisationen e.V.
Johannesstraße 127 / 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Mitglieder des AKF: Deutscher Familienverband /
LV Thüringen (DFV) / Evangelische Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen, Landesarbeitskreis
Thüringen (eaf) / Familienbund der Katholiken im
Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen (FDK) /
Verband Alleinerziehende Mütter und Väter /
LV Thüringen (VAMV) / Landesverband der Pflege-
und Adoptivfamilien (PfAd) / Verband kinderreicher
Familien Thüringen e.V. (KRFT) / NaturFreunde
Thüringen e.V. / pro familia LV Thüringen /
Der Kinderschutzbund LV Thüringen e.V. (DKSB)

11.01.2023

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V. (AKF) bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf. Wir begrüßen grundsätzlich die Festschreibung von Mindestfördersummen und eine Dynamisierung der vier Förderbereiche (örtliche Jugendförderung, Schulsozialarbeit, überörtliche Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen des Jugendförderplanes und der örtlichen Familienförderung ("Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen")). Durch die gesetzliche Verankerung von Mindestfördersummen wird Planungssicherheit für die beteiligten Träger gewonnen. Angebote und Projekte können damit verstetigt und gesichert werden.

Leider ist im Gesetzesentwurf – anders als der Titel des Entwurfes suggeriert – die überörtliche Familienförderung im Rahmen des Landesfamilienförderplanes nicht von dieser Gesetzesänderung umfasst. Im Landesfamilienförderplan sind wie im Landesjugendförderplan eine Vielzahl von Projekten, Maßnahmen und Verbänden beplant, die ebenfalls eine unverzichtbare Arbeit konkret in den Feldern der Familienbildung, Familienerholung, Familienberatung und der familienpolitischen Interessensvertretung jeweils überregional leisten. Auch für dieses Feld, dass erst seit dem Jahr 2021 in der Form des Landesfamilienförderplanes strukturiert ist, fordern wir sehr deutlich auch die Festschreibung einer Mindestfördersumme samt Dynamisierung in diesem Gesetz für die überörtliche Familienförderung im Rahmen des Landesfamilienförderplanes, da auch hier die Planungssicherheit benötigt wird.

Wir unterstützen sehr die Aufnahme einer Dynamisierungsklausel, die in der Anhörung am Ende als Fragestellung formuliert ist. Die vorgeschlagene Form, den Betrag um den durch das für Finanzen



FAMILIEN
eine Stimme
geben

www.familien-in-thueringen.de

zuständige Ministerium vorgegebenen Betrag für die Berechnung der Personalausgaben der Landesbediensteten zu erhöhen, scheint eine einfache und pragmatische Lösung zu sein. Diese begrüßen wir ausdrücklich.

Zum Landesprogramm solidarisches Zusammenleben

Hinsichtlich des Landesprogramms solidarisches Zusammenleben (LSZ) möchten wir darauf hinweisen, dass dieses zukünftig in der Höhe angepasst werden muss, denn dort ist bspw. ohne Erhöhung des Titels das Sonderprogramm ThEKiZ eingebunden worden. Zudem sind inzwischen im Sinne dieses Förderprogramms alle Kommunen nicht mehr in Stufe eins, sondern haben sich weiterentwickelt und kommen dem Ziel des Programmes, der beteiligungsorientierten Ermittlung der Bedarfe und der darauf basierenden integrierten Sozialplanung nach. Mit gleichbleibendem Budget und steigenden Kosten ist es den Kommunen oftmals kaum möglich, mehr als eine Bestandsförderung zu realisieren und das LSZ weiterzuentwickeln. Damit wäre der Grundgedanke des LSZ ad absurdum geführt.

Darüber hinaus sei perspektivisch geplant das Programm AGATHE zukünftig ebenso unter das Dach des LSZ aufzunehmen. Solche und ggf. weitere Verlagerungen von Aufgaben in das LSZ dürfen nicht zu einer indirekten Kürzung des Budgets führen.

Zur überörtlichen Familienförderung

Die Richtlinien für die überörtliche Familienförderung schreiben für verschiedenste Projekte und Verbände seit 2020 eine Festbetragsfinanzierung vor. Die jeweiligen Summen wurden seitdem nicht angepasst. Eine Dynamisierung ist hier dringend nötig. Denn die Verbände und Einrichtungen kürzen bisher aufgrund steigender Kosten den Stundenumfang beim Personal, um einen Ausgleich zu ermöglichen. Das wiederum schlägt sich auf die Arbeit nieder.

Die wiederholt notwendige zusätzliche Bereitstellung von Sondermitteln z.B. für die Familienerholung macht ebenfalls deutlich, dass die derzeitige Summe von 1.710.000 € für die Finanzierung des Landesfamilienförderplanes nicht ausreichend ist. Ein neuer Landesfamilienförderplan ab 2024 soll Familienerholungsprogramme stärker berücksichtigen. Aus unserer Sicht ist es notwendig, diese „Sonderprogramme“ im Landesfamilienförderplan abzubilden und bei der Mindestsumme zu berücksichtigen. Ebenso sollte eine Weiterentwicklungsmöglichkeit des noch jungen Landesfamilienförderplanes, bei der Bestimmung einer Summe mitgedacht werden.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>AG örtliche Jugendringe Thüringens</td> <td>Zusammenschluss</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>AG örtliche Jugendringe Thüringens c/o Stadtjugendring Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Johannessstraße 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	AG örtliche Jugendringe Thüringens	Zusammenschluss	Geschäfts- oder Dienstadresse	AG örtliche Jugendringe Thüringens c/o Stadtjugendring Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannessstraße 2	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
AG örtliche Jugendringe Thüringens	Zusammenschluss										
Geschäfts- oder Dienstadresse	AG örtliche Jugendringe Thüringens c/o Stadtjugendring Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannessstraße 2										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vernetzung, fachlicher Austausch und jugendpolitische Stellungnahmen zu Fragen des örtlichen Kinder- & Jugenderbeits auf Länderebene.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir begrüßen die Erhöhung der Fördersummen durch Artikel 1 des Gesetzes-Entwurfes - dies schafft Planungs- sicherheit & vereinfacht Verwaltungsabläufe. Darüber hinaus würde eine Dynamisierung eine jährliche faktische Kürzung durch Inflation & Personalkostensteigerungen verhindern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 03.01.23	

Stellungnahme



Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/6576

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats

Kontakt
AG Örtliche Jugendringe
Thüringens
[oertliche-jugendringe-
thr@web.de](mailto:oertliche-jugendringe-thr@web.de)

10. Januar 2023

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

wir freuen uns über die Möglichkeit, uns zur Drucksache 7/6576 - Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats zu äußern. Die AG Örtliche Jugendringe ist ein Zusammenschluss 12 lokaler Jugendringe in Thüringen. Den Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Vernetzung, der fachliche Austausch und die Erarbeitung jugendpolitischer Positionen zu Fragen der örtlichen Kinder- und Jugendarbeit auf Landesebene.

Zu Artikel 1

Wir begrüßen die Erhöhung der Fördersummen im ThürKJHAG durch Artikel 1 des Gesetzesentwurfes ausdrücklich. Mit der Erhöhung der Fördersumme wird *Planungssicherheit* für Träger der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes geschaffen. Die derzeit bestehende Planungsunsicherheit ergibt sich der aktuellen Diskrepanz zwischen der im THÜRKJHAG genannten gesetzlichen Mindestförderung und den Thüringer Landessaushalten der letzten Jahre, die eine deutlich höhere Summe für die in Artikel 1 benannten Bereiche enthielten. Mit jeder Haushaltsdebatte besteht wieder die Unsicherheit, ob zukünftig Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Thüringen aufgrund mangelnder Finanzierung schließen müssen. Außerdem bedeutet die derzeitige Praxis einen *Verwaltungsmehraufwand* auf lokaler Ebene – die Haushaltsplanung erfolgt zunächst mit der gesetzlichen Mindestsumme, bis dann (jedes Jahr) im Laufe des Jahres, wenn der Landeshaushalt beschlossen ist, die darüber hinaus zur Verfügung gestellten Mittel zusätzlich verteilt werden müssen. Dies steht zudem in einem Spannungsverhältnis zur mehrjährigen Planung auf lokaler Ebene durch Kinder- und Jugendförderpläne. Durch die Gesetzesänderung würden Verwaltungsabläufe erleichtert werden.

Zur Fragestellung zum Beratungsgegenstand in Anlage 3

Die in Artikel 1 benannten Summen basieren auf einer Bedarfsschätzung für das Jahr 2023. Mit steigenden Personalkosten und der derzeitigen Inflation ist jedoch abzusehen, dass diese Summen bereits 2024 nicht für die gleiche Menge an Angeboten reichen wird. Die gleichbleibende Höhe der Förderung bei steigenden Kosten beinhaltet so jedes Jahr eine faktische Kürzung der Kinder- und Jugendarbeit in Thüringen. Da die Personalkosten bei weitem den größten Posten der in Artikel 1 benannten Förderbereiche ausmachen, begrüßen wir die in Anlage 3 enthaltene Formulierung ausdrücklich.

Unser Fazit: Soziale Infrastruktur sollte nachhaltig gestaltet und auf Dauer ausgerichtet sein. Hierzu trägt der Gesetzesentwurf entschieden bei. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sprecherin der AG Örtliche Jugendringe,
Geschäftsführerin Stadtjugendring Erfurt

Sie erreichen uns:
E-Mail: oertliche-jugendringe-thr@web.de
Web: <https://bit.ly/oertliche-jugendringe>

Ansprechpartnerin:
AG Örtliche Jugendringe Thüringens

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2252

zu Drs. 7/6576

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats		
<i>Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen – Drs. 7/6576</i>		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
1.	Name	Organisationsform
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50
	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)</small>	
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aus Sicht des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V wird das Vorhaben begrüßt. Wir weisen aber darauf hin, dass eine Mindestfördersumme für alle Bereiche gesetzlich verankert werden sollte, um die Bereitstellung aller Dienste, Einrichtungen und Angebote in Thüringen planungssicherer zu gestalten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 11.01.2023	



Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2253

zu Drs. 7/6576

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Geschäftsstelle
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

- ausschließlich per E-Mail -

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
11.01.2023

Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zum Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats – Drs. 7/6576

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates.

Zu Artikel 1 „Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz“

Die LIGA Thüringen begrüßt die Erhöhungen der gesetzlich festgeschriebenen Mindestförderhöhen in den Nr. 1-3.

Durch die Anhebung der gesetzlichen Mindesthöhen reduziert das Land die Unsicherheit der Leistungserbringer, die sich bisher aus der Diskrepanz zwischen gesetzlichen Mindesthöhen und Haushaltsansätzen ergab. Die Haushaltsdebatte für den Haushalt 2022 hat deutlich gezeigt, wie wichtig eine Festlegung für den Erhalt der Angebote und die Planungssicherheit der Kommunen und Leistungserbringer ist.

Zu Artikel 2 „Änderung des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes“

Die LIGA Thüringen begrüßt die Erhöhung der gesetzlich festgeschriebene Mindestförderhöhe von 10 Millionen Euro auf 14.420.000 Millionen Euro.

Durch die Anhebung der Mindestförderung wird auch der Planungssicherheit von familienunterstützenden Einrichtungen und Projekten in der regionalen Familienförderung



Vorsitzender:

Geschäftsführer:



www.liga-thueringen.de

mehr Rechnung getragen. Wir hoffen, dass durch die Anpassung der Mindestförderung auch Projekte langfristig verstetigt und weiterentwickelt werden können.

Wir möchten darauf hinweisen, dass eine Mindestfördersumme ebenso für die überregionale Familienförderung gesetzlich verankert werden sollte, um die Familienförderung in Thüringen in der Gesamtheit planungssicherer zu gestalten.

Zur Fragestellung des Beratungsgegenstands (Anlage 3 der zugehörigen Unterlagen)

Die LIGA Thüringen fordert die Aufnahme der ergänzenden Formulierung zu Artikel 1 und 2 des Gesetzesentwurfs. Die Dynamisierung sichert eine Unterstützung der Angebote im gleichbleibenden Umfang durch das Land. Ohne die Aufnahme einer entsprechenden Dynamisierung müssen die Ansätze regelmäßig im Rahmen der Haushaltsplanung angepasst werden. Dies führt erneut zu der Unsicherheit, die durch den aktuellen Gesetzesentwurf beseitigt wird. Alternativ müssen die Änderungen regelmäßig im Rahmen eines Gesetzes angepasst werden. Dadurch wird allerdings eine mittelfristige Planung der Leistungserbringer und Kommunen erschwert und nach jeder Anpassung ist ein weiteres Gesetzgebungsverfahren notwendig. Welche Folgen das Ausbleiben einer Dynamisierung hat, zeigt deutlich die Situation im Landesjugendförderplan: hier müssen schon ab 2024 Angebote voraussichtlich eingeschränkt werden, weil durch die Dynamisierung von Personalkosten die verfügbaren Mittel nicht mehr für alle Angebote ausreichen.

Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td> Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. Johannesstraße 2, 99084 Erfurt Tel./ 0361/65319483 e-mail: post@dksbthueringen.de </td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td colspan="2"></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td colspan="2"></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td colspan="2"></td> </tr> </table>	Name	Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. Johannesstraße 2, 99084 Erfurt Tel./ 0361/65319483 e-mail: post@dksbthueringen.de	Organisationsform	Geschäfts- oder Dienstadresse			Straße, Hausnummer (oder Postfach)			Postleitzahl, Ort		
Name	Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. Johannesstraße 2, 99084 Erfurt Tel./ 0361/65319483 e-mail: post@dksbthueringen.de	Organisationsform											
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kindes- und Jugendhilfe / Familienverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt 11.1.23



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Der Kinderschutzbund LV Thüringen e.V. | Johannesstr. 2 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Der Kinderschutzbund

Landesverband Thüringen e.V.

Johannesstraße 2

99084 Erfurt

Telefon | Fax

0361 653194 -84 | -81

www.dksbthueringen.de

Facebook

[derkinderschutzbund.thueringen](https://www.facebook.com/derkinderschutzbund.thueringen)

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten Thüringens

Erfurt, 11.01.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erlauben uns Ihnen diese Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten Thüringens zukommen zu lassen. Wir gehören zwar nicht zu den direkt aufgeforderten Trägern, jedoch erreichte uns die Anhörung über verschiedene Wege wie den Thüringer Arbeitskreis der Familienverbände sowie den LJHA und die Liga.

Wir begrüßen grundsätzlich die Weiterentwicklung der Förderungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes wie der örtlichen Jugendförderung, der Schulsozialarbeit, der überörtlichen Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen des Jugendförderplanes sowie der Familienförderung über das Landesprogramms solidarisches Zusammenleben. Damit können die Angebote und Projekte längerfristig gesichert und verstetigt werden und beteiligte Träger gewinnen Planungssicherheit.

Hinsichtlich des Landesprogramms solidarisches Zusammenleben möchten wir darauf hinweisen, dass dieses zukünftig in der Höhe angepasst werden muss, denn dort ist bspw. ohne Erhöhung des Titels das Sonderprogramm ThEKiZ eingebunden worden. Zudem sind inzwischen im Sinne dieses Förderprogramms alle Kommunen nicht mehr in Stufe eins, sondern haben sich weiterentwickelt und kommen dem Ziel des Programmes, der beteiligungsorientierten Ermittlung der Bedarfe und der darauf basierenden integrierten Sozialplanung nach. Mit dem gleichbleibenden Budget ist es den Kommunen kaum möglich mehr als eine Bestandsförderung zu realisieren, Beteiligungsorientiert Bedarfe zu erheben und das LSZ weiterzuentwickeln. Darüber hinaus ist geplant das Programm AGATHE zukünftig ebenso unter das Dach des LSZ aufzunehmen, was erneut zu einer Kürzung des Budgets führen würde, wenn nicht die bisher zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 2,2 Mill. € mit übernommen werden. Derartige und ggf. weitere Verlagerungen von Aufgaben in das LSZ dürfen nicht zu einer indirekten Kürzung des Budgets führen.



TLT/128/23/3



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Ebenso unterstützen wir sehr die Aufnahme einer Dynamisierungsklausel, die in der Anhörung am Ende als Fragestellung formuliert ist. Damit wird den sich entwickelnden Personalkosten Rechnung getragen. Der vorgeschlagenen Berechnungsgrundlage der Dynamisierung in Form der Gehaltsentwicklung der Landesbediensteten folgen wir ebenso.

Darüber hinaus erwarten wir als anerkannter Familienverband, dass in Artikel 2/Änderung des Thüringer Familienförderungssicherungsgesetzes auch die überregionale Familienförderung mit einer Mindestsumme im Gesetz festgeschrieben wird, um damit diese Verbände mit anderen Förderbereichen gleich zu behandeln und ihnen ebenso Planungssicherheit zu ermöglichen.

Bisher sind jährlich 50 Tsd.€ pro Jahr und Verband im Haushalt festgelegt worden. Da diese Summe bisher nicht verändert wurde, ist eine entsprechende Dynamisierung unter Beachtung der Gehaltsentwicklung dringend nötig. Denn die Verbände kürzen bisher aufgrund steigender Gehälter bei den Stunden, um einen Ausgleich zu ermöglichen. Das wiederum schlägt sich auf die Arbeit nieder.

Mit freundlichen Grüßen,
für den Vorstand des DKSB Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betellgentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betellgentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betellgentransparenz dokumentaton veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Organisationsbezeichnung/Institution Thüringen - ORBIT e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>ORBIT e.V.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Ernst-Abbe-Str. 18</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Organisationsbezeichnung/Institution Thüringen - ORBIT e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	ORBIT e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ernst-Abbe-Str. 18	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Organisationsform									
	Organisationsbezeichnung/Institution Thüringen - ORBIT e.V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ORBIT e.V.									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ernst-Abbe-Str. 18									
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>/</td> <td>/</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>/</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>/</td> </tr> </table>	Name	Vorname	/	/	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	/	Postleitzahl, Ort	/
	Name	Vorname									
	/	/									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer	/										
Postleitzahl, Ort	/										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Fachstelle Schulsozialarbeit Unterstützung von Kommunen/Trägern im LSE und Jugendförderung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- die Gesetzesänderung wird ausdrücklich befürwortet - die Ergänzung im Sinne einer jährlichen Anpassung wird als dringend notwendig und äußerst sinnvoll angesehen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 11.01.2023	

ORBIT e.V. - Postfach 100 152 - 07701 Jena
Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2255
zu Drs. 7/6576

ORBIT e.V.
Postfach 100 152
07701 Jena

Besuchsadresse:
Ernst-Abbe-Straße 18
07743 Jena
tel.: +49(0)3641 554 038 900
fax.: +49(0)3641 554 038 901
e-mail: office@orbit-jena.de
Internet: www.orbit-jena.de

05.04.2020

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates

Sehr geehrte Damen und Herren,

ORBIT e.V. ist seit dem Beginn des Landesprogramms 2013 mit der fachlichen Begleitung der Schulsozialarbeit in Thüringen betraut und begrüßt als Fachstelle Schulsozialarbeit in Thüringen die auf Dauer angelegte Änderung zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur. Im Rahmen der örtlichen Jugendförderung und des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ unterstützen wir seit Jahren die Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung ihrer Planungen und Qualitätsentwicklung.

Die bisherigen Förderhöhen beruhen auf den Eckwerten für das Jahr 2019. Durch die betroffenen Förderstrukturen werden zu einem großen Teil Personalstellen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Familienförderung auf der kommunalen als auch auf der Landesebene gefördert. Die Kosten dafür steigen aufgrund der tariflichen Bestimmungen jährlich an. Bleiben die gesetzlich festgeschriebenen Eckwerte über Jahre gleich, hat dies zur Folge, dass die Kommunen entweder die Anzahl der Stellen reduzieren oder ihren Eigenanteil erhöhen müssen. Da die auf den Kommunen lastenden finanziellen Verpflichtungen gerade durch die aktuellen Krisen enorm sind, fällt es vielen Gebietskörperschaften schwer, den eigenen Haushaltsansatz zu erhöhen. Gesetzlich festgeschriebene Förderungen sorgen in der Regel dafür, dass die Kommunen über einen größeren Handlungsrahmen verfügen, auch eigene Mittel einzusetzen. Daher befürworten wir den vorliegenden Gesetzesentwurf in allen Punkten.

Planungssicherheit gerade in diesen Feldern der sozialen Arbeit ist enorm wichtig. So kann es gelingen, Fachkräfte in Thüringen zu halten und damit für Stabilität in der Kinder- und Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit und der Familienförderung zu sorgen. Dem Fachkräftemangel mit

Wir sind Partner:



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.



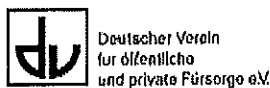
Verbesserungen der Rahmenbedingungen entgegenzuwirken, erscheint in der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt als ein wichtiger Baustein. Kontinuität in der Beziehungsarbeit ist in den Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien Grundlage wirksamer Arbeit. Verlässliche und solide ausgestattete Rahmenbedingungen sichern zudem die Trägervielfalt in Thüringen, welche den Angeboten und ihren Ausgestaltungsmöglichkeiten in vielerlei Hinsicht zugutekommen. Das sind positive Signale für die Kommunen, die Träger, die Fachkräfte und nicht zuletzt die Familien vor Ort.

Für 2023 konnte so trotz der schwierigen Haushaltslage auf Landesebene und in den Gebietskörperschaften eine gute finanzielle Grundlage sichergestellt werden. Mit Blick auf das Jahr 2024 und fortfolgende wäre es dringend erforderlich, eine jährliche Anpassung der Fördermittel zu gewährleisten. Daher begrüßen und unterstützen wir auch ausdrücklich den in der Fragestellung in Anlage 3 enthaltenen Formulierungsvorschlag für Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin

Wir sind Partner:



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Deutscher Familienverband, LV Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Ernst-Haezel-Str. 12</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99097 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Familienverband, LV Thüringen e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ernst-Haezel-Str. 12	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99097 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Familienverband, LV Thüringen e.V.	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ernst-Haezel-Str. 12									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99097 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Familienförderung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Befürwortung von Mindestförderhöhen und Dynamisierung im Gesetz - Anwendung auf andere Bereiche der überörtlichen Familienförderung erforderlich	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
EFfurt, 10.01.23	

Deutscher Familienverband e. V.
Ernst - Haackel - Str. 17
99097 Erfurt
Tel.: (0361) 4 17 20 00

Deutscher Familienverband

Landesverband Thüringen e.V.

Ernst-Haeckel-Str. 17, 99097 Erfurt

Fon: 0361 / 41 72 000

Fax: 0361 / 42 33 073

Web: www.dfv-thueringen.de

E-Mail: info@dfv-thueringen.de



Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Zuschrift

7/2263

zu Drs. 7/6576

10.01.2023

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache - 7/6576 –

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

Der Deutsche Familienverband, Landesverband Thüringen e.V. (DFV) hat den o.g. Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zur Kenntnis genommen und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der DFV Thüringen begrüßt grundsätzlich das Ansinnen einer Verstärkung von Angeboten der sozialen Infrastruktur. Sowohl die gesetzliche Festschreibung der erweiterten Mindestförderhöhen in den angeführten Bereichen ist dabei ein positives Signal, als auch die angestrebte Dynamisierung ab 2024 gemäß der beigefügten Formulierung.

Allerdings sollten diese Mittel auch insbesondere zur Bestandssicherung und Verstärkung vorhandener Angebote und anteilig zur Erprobung neuer Ansätze eingesetzt werden. Bei Aufnahme weiterer Aufgabenfelder (bspw. bei einem Übergang des Projektes Agathe in dauerhafte Förderung des LSZ – was sicherlich sinnvoll wäre – müssten die Mittel des LSZ entsprechend erhöht werden).

Konsequenterweise sollte im Rahmen des ThürFamFöSIG nicht nur § 4 (LSZ) berücksichtigt werden, sondern auch eine Verstärkung der überörtlichen Angebote, die im Landesfamilienförderplan aufgeführt sind, durch die Festschreibung einer Mindestförderhöhe ermöglicht werden, einschließlich einer wie im Gesetzentwurf formulierten Dynamisierung (betrifft § 6 Familienverbände, § 7 Familienferienstätten, § 9 überregionale Projekte).

Wir unterstützen außerdem die Stellungnahme des AKF (Arbeitskreises der Thüringer Familienorganisationen) zu dieser Anhörung.

Zur Fragestellung:

Wir begrüßen ausdrücklich die ergänzende Formulierung zur Dynamisierung und würden diese Anwendung auch für alle Bereiche der überörtlichen Familienförderung, die im Landesfamilienförderplan verzeichnet sind wünschen.

Als Deutscher Familienverband, Landesverband Thüringen werden wir gern weiter an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Familien in Thüringen mitwirken!

Für den DFV Thüringen

Geschäftsführerin

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Sicherung der Kinder-, Jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats DS 7/6576		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Landesjugendring Thüringen e.V.	Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 19
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Der Landesjugendring Thüringen e.V. ist ein Zusammenschluss von 27 landesweit tätigen Jugendverbänden, der Landesschüler*innenvertretung und der Arbeitsgemeinschaft Örtlicher Jugendringe Thüringen. Er vertritt im politischen Raum die Interessen seiner Mitgliedsverbände und setzt sich für positive Lebensbedingungen junger Menschen in Thüringen ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet,	
	<input type="checkbox"/> abgelehnt,	
	<input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die im Haushalt 2023 beschlossenen Höhen als Mindestgrößen fest zu schreiben, wird ausdrücklich begrüßt. Dies schafft Planungssicherheit bei den Trägern der Jugendhilfe und bringt die Stärkung der nachhaltigen kommunalen sozialen Infrastruktur zum Ausdruck.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Ur
Erfurt, 13.01.2023	

Landesjugendring Thüringen e.V.
Arbeitsgemeinschaft Thüringer Kinder- und Jugendvertretungen

Landesjugendring Thüringen e.V. · Johannesstraße 19 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
- per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de -



12. Januar 2023

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats (Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Drucksache 7/6576)
hier: Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 06. Dezember 2022

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung oben genannten Gesetzentwurfes und die Möglichkeit, hierzu Stellung zu nehmen.

Artikel 1

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, die im Haushalt 2023 beschlossenen Höhen als neue Mindestgrößen festzuschreiben. Dies wird ausdrücklich begrüßt, da dadurch eine Planungssicherheit bei den Trägern der Jugendhilfe geschaffen wird. Zugleich wird damit zum Ausdruck gebracht, die kommunale soziale Infrastruktur nachhaltig zu stärken und die Arbeitsfelder Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Schulsozialarbeit im Sinne langfristiger Bindungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern attraktiv(er) werden zu lassen. Gerade Letzteres ist eine grundsätzliche Herausforderung zum Erhalt und zur Gewinnung von Fachkräften.



TLT/139/23/5

Zur Fragestellung zum Beratungsgegenstand in Anlage 3

Grundsätzlich ist anzumerken, dass über die Programme Örtliche Jugendförderung und Schulsozialarbeit schwerpunktmäßig Personal gefördert wird. Über den Landesjugendförderplan erhalten die Träger eine Förderung für Personal und überörtliche Angebote der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Aus diesem heraus ergeben sich zwangsläufig steigende Kosten, die bei einem Beibehalt der in Artikel 1 ausgewiesenen Förderhöhen über Jahre hinaus, zur Gefährdung der damit verbundenen Angebote führt. Zugleich wird darauf verwiesen, dass die 46. Vollversammlung des Landesjugendring Thüringen e.V. (19.11.2022) eine Positionierung zum Kompelx „Gefährdung der Jugendverbandsarbeit durch aktuell massive Preissteigerungen“ verabschiedet hat.“¹¹ vornahm einen Beschluss zur Sicherung der Jugendverbandsarbeit

Bereits im Anhörungsverfahren zur Drucksache 7/325 (Schreiben vom 20. Mai 2020) wurde unsererseits vorgeschlagen, eine Dynamisierungsklausel aufzunehmen. Insofern wird ein entsprechendes Vorhaben ausdrücklich begrüßt. Die vorgeschlagene Formulierung trägt diesem Rechnung.

Mit freundlichen Grüßen

¹¹ <https://ljrt.de/downloads/LJRT/Beschluesse/46VV-Gefaehrdung-Jugendverbandsarbeit-durch-Preissteigerungen.pdf>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats +	
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Organisationsform</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">DGB Hessen-Thüringen</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Schillerstraße 44</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">99096 Erfurt</div>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Vorname</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;"></div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;"></div>

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetellidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellidokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- u. Städtebund Thür.</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 • 09004 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- u. Städtebund Thür.	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 09004 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Gemeinde- u. Städtebund Thür.	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 09004 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Witt</i> 13.1.23	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen Träger: Ev. Kirche in Mitteldeutschland → </td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Alterheiligenstraße 15a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen Träger: Ev. Kirche in Mitteldeutschland →	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alterheiligenstraße 15a	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen Träger: Ev. Kirche in Mitteldeutschland →	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alterheiligenstraße 15a										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

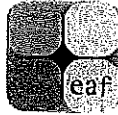
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Familienpolitische Interessenvertretung Familienverbandsarbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Begrüßung der Mindestfördersummenfest- schreibung für die genannten Förderbereiche GABER Erhöhung der Summe für LSZ - Dynamisierungs-Vorschlag wird befürwortet - Ergänzung vom Förderbereich überörtliche Familienförderung + Dynamisierung + Mindest- fördersumme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anweltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte bezeichnen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Weimar, 13.01.2023

Den Mitgliedern des AfBJS



Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2269

zu Drs. 7/6576

evangelische arbeitsgemeinschaft familie

Landesarbeitskreis Thüringen

Allerheiligenstraße 15a, 99084 Erfurt, Tel.: 0361.7891112, eafThueringen@t-online.de

Welmar, den 12.01.2023

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
16.01.2023 07:24

1355/23

Stellungnahme

Gesetzentwurf zur Sicherung der kinder-, jugend- und
familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den
überregionalen Angeboten des Freistaates
-Drucksache 7 / 6576 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Namen des Vorstandes des Landesarbeitskreises der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen bedanke ich mich bei dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Thüringer Landtages für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf. Gerne nehme ich im Namen des Vorstandes der eaf Thüringen die Gelegenheit schriftlich Stellung zu beziehen.

Grundsätzliches

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf Thüringen) ist der Familienverband der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland im Freistaat Thüringen mit der Aufgabe familienpolitische Interessen zu vertreten.

Unser Familienverband vertritt in seiner familienpolitischen Arbeit auch die Interessen seiner Mitgliedseinrichtungen auf der örtlichen und überörtlichen Ebene der Familienförderung, welche über das LSZ oder die Thüringer Landesfamilienförderplanung gefördert werden.

Die eaf Thüringen ist Mitglied des Arbeitskreises Thüringer Familienorganisationen e.V. (AKF). Sie unterstützt die Stellungnahme des AKF.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Anmerkungen zum vorliegenden Gesetzentwurf.

In Anlehnung an die Stellungnahme des AKF begrüßen wir ausdrücklich die gesetzliche Verankerung von Mindestfördersummen und die erforderliche Dynamisierung der beschriebenen Förderbereiche: • örtliche Jugendförderung, • Schulsozialarbeit, • überörtliche Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen des Jugendförderplans und der • örtlichen Familienförderung/Landesprogramm solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ). Damit ist die Planungssicherheit für Träger und Akteure gewährleistet, begonnene Projekte und Maßnahmen können weiterentwickelt und verstetigt werden.

Als aktive Mitgestalterin bei der Fortschreibung des Thüringer Landesfamilienförderplanes fordert die eaf Thüringen, adäquat zum Titel dieses Gesetzes, die Aufnahme der überörtlichen Familienförderung in das vorliegende Gesetz. Flankierend zum LSZ entwickelt, bietet und fördert die überregionale Familienförderung im Rahmen der Landesfamilienförderplanung eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen für spezifische Zielgruppen und unverzichtbare Handlungsfelder wie z.B. die Familienerholung, welche keine

Umsetzung im Rahmen der örtlichen Familienförderung/LSZ finden. Darüber hinaus fördert sie die Koordination von Netzwerken der örtliche Ebene und die fachpolitische thüringenweite Interessenvertretung für Familien. Für die überörtliche Familienförderung, welche seit 2021 in der Form des Landesfamilienförderplanes strukturiert ist, für die Sicherstellung und Verstetigung deren Projekte und die Weiterentwicklung von Maßnahmen in der überregionalen Familienförderung, fordern wir die Aufnahme dieses Förderbereiches in das vorliegende Gesetz und die Festschreibung einer Mindestfördersumme samt Dynamisierung im ThürFamFöSIG.

Die Richtlinie für die überörtliche Familienförderung schreibt für verschiedenste Projekte und Verbände seit 2020 eine Festbetragsfinanzierung vor. Die jeweiligen Summen wurden seitdem nicht angepasst. Eine Dynamisierung ist hier dringend erforderlich. Denn die Verbände und Einrichtungen kürzen inzwischen aufgrund steigender Kosten den Stundenumfang beim Personal, um einen Ausgleich zu ermöglichen. Damit ist die Umsetzung der Aufgaben nicht mehr abgesichert und die Arbeit gefährdet, den zusätzlich kontinuierlich steigenden Arbeitsanforderungen ist nicht mehr gerecht zu werden.

Die wiederholt zusätzliche Bereitstellung von Sondermitteln für die Familienerholung macht ebenfalls Bedarfe deutlich und zeigt, dass die derzeitige Summe von 1.710.000 € für die Finanzierung des Landesfamilienförderplanes nicht ausreichend ist.

Ein neuer Landesfamilienförderplan ab 2024 soll Familienerholungsprogramme stärker berücksichtigen. Die eaf Thüringen würde es begrüßen, wenn die notwendigen „Sonderprogramme“ in die Landesfamilienförderplanung aufgenommen werden würden, sie müssten somit bei der Planung der Mindestsumme Berücksichtigung finden. Darüber hinaus sollte die notwendige Weiterentwicklung des noch jungen Landesfamilienförderplanes ermöglicht werden, dies wäre ebenfalls bei der Festsetzung einer Mindestfördersumme zu berücksichtigen.

Zum LSZ:

Hinsichtlich des Landesprogramms solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) schließen wir uns dem AKF mit dem Hinweis an, dass für eine zukünftige Weiterentwicklung des LSZ die Mindestfördersumme in notwendig angemessener Höhe angepasst werden muss. Ohne Erhöhung des Titels wurde das Landesprogramm ThEKIZ in die Planung aufgenommen, weitere Themen und Projekte deren Aufnahme perspektivisch geplant ist (Gesundheit, AGATHE) müssen bei der Festschreibung einer bedarfsgerechten und angemessenen Mindestfördersumme auch berücksichtigt werden. Solche und ggf. weitere Verlagerungen von Aufgaben ins das LSZ dürfen nicht zu einer indirekten Kürzung des Budgets führen. Die prozesshafte Weiterentwicklung und Ausgestaltung des LSZ könnte nunmehr jetzt beginnen, da alle Förderregionen in Umsetzungsstufe 3 stehen und eine integrierte Sozialplanung umsetzen. Mit gleichbleibendem Budget und steigenden Kosten ist es den Förderregionen jedoch oftmals kaum möglich, mehr als eine Bestandsförderung zu realisieren und das LSZ weiterzuentwickeln. Damit wäre der Grundgedanke des LSZ ad absurdum geführt.

Damit Familien bedarfsgerechte Angebote in ihrem Lebensumfeld in Anspruch nehmen können, insbesondere in bisher strukturarmen ländlichen Räumen, bedarf es zukünftig einer Finanzierung, welche innovative neue Projektansätze und Maßnahmen für Familien fördern kann.

Zur Anlage 3:

Wir unterstützen sehr die Aufnahme einer Dynamisierungsklausel, die in der Anhörung am Ende als Fragestellung formuliert ist. Die vorgeschlagene Form, den Betrag um den durch das für Finanzen zuständige Ministerium vorgegebenen Betrag für die Berechnung der Personalausgaben der Landesbediensteten, scheint eine einfache und pragmatische Lösung zu sein. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Drucksache 7/6576-		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringischer Landkreistag</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">e. V.</div>	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Vorname</div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kommunaler Spitzenverband §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	X ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.1.2022	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thür. Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur, D <input checked="" type="checkbox"/>											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Landesjugendhilfeausschuss LJA TH</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Ausschuss</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäftsstelle beim TMBJS</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Werner-Seelenbinder-Str.7</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesjugendhilfeausschuss LJA TH	Ausschuss	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle beim TMBJS	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Str.7	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landesjugendhilfeausschuss LJA TH	Ausschuss									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle beim TMBJS									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Str.7									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	LJHA ist Teil des Landesjugendamtes und nimmt Aufgaben des üö Trägers der Jugendhilfe wahr, vgl. § 7 ThürKJHAG. Er befasst sich insbes. mit Problemlagen junger Menschen und deren Familien.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das Gesetzesvorhaben wird durch den Ausschuss in allen zu ändernden Vorschriften unterstützt. Die Einführung einer Dynamisierungsklausel wird begrüßt, um zu vermeiden, dass bei gleichbleibender finanzieller Ausstattung der Aufgaben und steigenden Kosten keine de facto Kürzungen der Mittel eintreten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 13. Januar 2022	



Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Postfach 90 04 63 · 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt
- per E-Mail -

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2271

zu Drs. 7/6576

Landesjugendamt
Geschäftsstelle Landesjugend-
hilfeausschuss

Ihre Ansprechpartnerin

Durchwahl
Telefon +49 361 673411-281
Telefax +49 361 673411-830

Mall
Geschäfts-
stelle.LJHA@tmbjs.thueringen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Erfurt,
13. Januar 2023

Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats (Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/6576)
hier: **Stellungnahme LJHA**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Sie haben den Landesjugendhilfeausschuss eingeladen, zur o.g. Drucksache Stellung zu nehmen. Dieser komme ich unter Organvorbehalt gerne nach.

Zu Art. 1 und 2

Der vorliegende Gesetzesentwurf verfolgt das Ziel, die im Landeshaushalt 2023 beschlossenen Förderhöhen gesetzlich als jährliche Mindestförderung zu verstetigen. Damit soll sichergestellt werden, dass

- die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer eigenen Haushaltsaufstellung und Planungsverantwortung von einer gesetzlich normierten Mindesthöhe ausgehen können.
- der überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zumindest einen Teil der im Landesjugendförderplan ausgewiesenen finanziellen Bedarfsfeststellungen und Maßnahmenableitungen gewährleisten kann.

Zugleich können auf dieser Basis die Träger der freien Jugendhilfe längerfristig planen.

Vorsitzender
Landesjugendhilfeausschuss

Landesjugendring Thüringen e.V.
Johannesstraße 19
99084 Erfurt
Telefon +49 (0361) 5767835
Telefax +49 (0361) 5767815
E-Mail post@ljlrt-online.de

Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend
und Sport
Werner-Seelenbinder-Str. 7
99096 Erfurt

www.thueringen.de/th2

E-Mail-Adressen dienen im TMBJS
nur dem Empfang einfacher Mitteilun-
gen ohne Signatur und/oder Ver-
schlüsselung.

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Mindesthöhen sind an einer Bedarfseinschätzung 2023 (örtliche Ebene) und an der finanziellen Bedarfsfeststellung des Landesjugendförderplanes 2023 (bis Priorität 14) orientiert.

Dies wird ausdrücklich unterstützt, zumal dadurch deutlich wird, dass das Land sowohl die soziale kommunale Infrastruktur nachhaltig stärken als auch die überörtliche Jugendarbeit in eigener pflichtiger Zuständigkeit sichern will.

Ergänzend zu Artikel 2 wird vorgetragen, für die überörtliche Familienförderung eine analoge Regelung gesetzlich zu verankern, um die Familienförderung in Thüringen in der Gesamtheit planungssicherer zu gestalten.

Zur Anlage 3

Aus dem Plenumsprotokoll ist zu entnehmen, dass zur Einführung einer Dynamisierungsklausel noch grundlegender Diskussionsbedarf Ihrerseits besteht.

Hierzu wird folgendes vorgetragen:

Die Einführung einer Mindesthöhe sichert zwar ab; beachtet jedoch nicht Kostenentwicklungen des nächsten Jahres. Insofern würde eine gleichbleibende Höhe zu einer Kürzung führen, sofern nicht der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe diese eingetretene Kürzung kompensiert.

Wie sieht die rechtliche Einordnung aus:

Örtliche Jugendförderung

Die in § 15b ThürKJHAG gesetzte Normierung begründet sich aus § 82 Abs. 2 SGB VIII, welcher dem Land vorschreibt, „auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken und die Jugendämter ... bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen“.

Bereits mit der Einführung des Programmes (damalig noch Jugendpauschale) wurde zwischen den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe vereinbart, dass der Anteil des Landes auf 60 % festgesetzt wird. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe müssen mindestens 40 % zur Verfügung stellen.

Bei Fortschreibung dieser Vereinbarung und des sich etablierten Finanzierungssystems ist es dringend geboten, die Kostenentwicklungen bei der Haushaltsaufstellung des folgenden Jahres einzupreisen.

Schulsozialarbeit

§ 19a ThürKJHAG muss historisch eingeordnet werden, da dieser sich aus einem durch die Landesregierung aufgelegten Landesprogramm „Schulbezogene Jugendsozialarbeit“ letztlich gesetzlich begründet. Die Auflage des Landesprogrammes begründete sich aus §§ 82 Abs. 1 SGB VIII (Anregung und Förderung der Weiterentwicklung der Jugendhilfe), 81 Abs. 4 SGB VIII i.V.m. § 14 Abs. 4 ThürKJHAG. Sie kann als Vollfinanzierung sämtlicher zwendungsfähiger Ausgaben bewilligt werden.

Mit Änderung des ThürKJHAG vom 27.03.2019 wurde die Schulsozialarbeit unter Bezug auf § 15 SGB VIII (Landesrechtsvorbehalt) als Pflichtleistung für den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgeschrieben. Dies geschah noch vor der Einführung des § 13a (Schulsozialarbeit) im SGB VIII (10. Juni 2021).

Mit der gesetzlichen Festschreibung ist nunmehr festgelegt, dass der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe in der Jugendhilfeplanung ein angemessenes Angebot für Schulsozialarbeit berücksichtigen soll. Deshalb ist es auch in diesem Feld dringend geboten, insbesondere die tariflichen Entwicklungen der Personalkosten jährlich zu beachten.

Landesjugendförderplan

Basierend auf §§ 85, 79, 80 SGB VIII in Verbindung mit § 18 ThürKJHAG ergibt sich ein Planungsauftrag für den Überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in seinem pflichtigen Zuständigkeitsbereich. Nach § 16 Abs. 2 Satz 3 und 4 ThürKJHAG sind in den LJFP auch die Rangfolge der genannten Maßnahmen und die voraussichtlichen Kosten aufzunehmen. Die Förderung erfolgt gemäß § 18 Abs. 2 ThürKJHAG nach Maßgabe des Landeshaushaltes.

Es ist festzustellen, dass zwischen der Bedarfsfeststellung des Landesjugendförderplanes und den durch den Landtag bereitgestellten Mitteln bereits in 2023 eine Diskrepanz besteht.

Jahr	Bedarfsfeststellung in €	Landeshaushalt in €	Differenz in €
2023	5.478.973	4.809.000	669.973

Mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes hat sich der Landesgesetzgeber dafür entschieden, finanzielle Mittel bis zur Priorität 14 (insgesamt: 26) bereitzustellen.

Da der Landesjugendförderplan vorsieht, auch kommende Tarifentwicklungen förderlich zu beachten, ergibt sich folgende planerische finanzielle Entwicklung bis zur Priorität 14 allein im Jahr 2024, die in der Bedarfsfeststellung ausgewiesen ist:

Jahr	Bedarfsfeststellung in €	Mehrbedarf in € zum Vorjahr
2023	4.809.000	
2024	5.034.576	255.576

Die überörtlichen Träger der freien Jugendhilfe brauchen Planungssicherheit. Hierzu ist Verlässlichkeit auf Politik grundlegend. Wenn mit Verweis auf den Landesjugendförderplan der Haushaltsgesetzgeber so entschieden hat, so steht er auch in Verantwortung, die damit im Zusammenhang stehende förderliche Entwicklung zu sichern. Sofern im Landeshaushalt 2024 die Mindestförderung der Höhe nach gleich zu 2023 veranschlagt wird, könnte u.a. das breit akzeptierte Programm „Aus- und Fortbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern kostenfrei gestalten“ nicht fortgeführt werden.

Familienförderung

Die vorgeschlagene Erhöhung der jährlichen Mindestfördersumme stellt eine klare Verbesserung zur jetzigen Regelung dar. Die bisherige Umsetzung des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) wird insbesondere durch die sich jährlich ändernden Fördersummen an einer Stabilisierung und Weiterentwicklung gehindert. Die bisherige gesetzliche Regelung hat einerseits Auswirkungen auf die kommunale Haushaltsplanung, die bisher nur den Eigenmittelanteil an der gesetzlich gesicherten Summe von 10 Mio. EUR im Umfang von 30 % bereitstellt. Andererseits hält sich auch die LSZ-Planung bei der Initiierung von neuen, kostenintensiven Projekten zurück, weil die Förderung solcher Projekte überjährig bisher nicht gesichert ist.

Zu betonen ist aber auch, dass die im Gesetzentwurf benannte Summe von 14,42 Mio. EUR nicht den tatsächlichen Bedarf an Fördermitteln für das Landesprogramm umfasst. Dieser Bedarf wird auf jährlich ca. 16 Mio. EUR geschätzt. Mit dieser Fördersumme könnten vor allem auch kostenintensive Projekte im Bereich Pflege und Gesundheit flächendeckend initiiert werden.

Die Summe von 14,42 Mio. EUR leitet sich vom IST-Stand der Bewilligungen für das Jahr 2021 und 2022 ab. Die Umsetzung des LSZ im Jahr 2021 war jedoch stark beeinflusst durch die Corona-Beschränkungen. Im Jahr 2022 hat insbesondere die sehr späte Verabschiedung des Landeshaushalts zur Zurückhaltung bei Förderanträgen geführt. Zudem war die Mehrheit der Ge-

bietskörperschaften bei Verabschiedung des Landeshaushalts und dem Abschluss der Verhandlungen zu den globalen Minderausgaben nicht mehr flexibel in der Bereitstellung höherer kommunaler Eigenmittel.

Insgesamt wird das Programm sehr gut von den Landkreisen und kreisfreien Städten angenommen und umgesetzt, weshalb damit gerechnet werden kann, dass diese bei der Erhöhung der gesetzlichen Mindestfördersumme ihre eingeplanten Eigenmittel ebenfalls erhöhen.

Aus dem Vorgetragenen wird deutlich, dass die Aufnahme einer Dynamisierungsklausel aus und in Verantwortung des Landes geboten ist.

Der möglichen ergänzenden Formulierung in Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfes kann dem Grunde nach zugestimmt werden. Es wird empfohlen zu prüfen, wie sächliche Kosten (Preissteigerung etc.) berücksichtigt werden können.

Mit der Aufnahme dieser Dynamisierungsklausel würde der Landesgesetzgeber deutlich machen, dass Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Schulsozialarbeit und Arbeit mit Familien eine systemische Infrastruktur darstellen, die nicht jährlich im Zuge von Haushaltsverhandlungen hinsichtlich der damit verbundenen Kostenentwicklungen (Tarifentwicklungen, Preissteigerungen etc.) zur Diskussion stehen. Insofern würden diese wichtigen Arbeitsfelder anderen vergleichbaren Arbeitsfeldern gleichgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Farbengasse 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Farbengasse 2	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Farbengasse 2										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Familienpolitische Interessenvertretung und familienpolitischer Fachverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir unterstützen die gesetzliche Verankerung und Erhöhung der Mindestfördersummen für die soziale Infrastruktur in Thüringen sowie deren Dynamisierung. Wir fordern darüber hinaus die gesetzlich festgeschriebenen Mindestförderung der überregionalen Familienförderung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 16.01.2023	



**Familienbund
der Katholiken**

THUR. LANDTAG POST
16.01.2023 13:01

1451/2023

Familienbund der Katholiken • Hermannsplatz 9 • 99084 Erfurt

Familienbund der Katholiken
im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Sitz: Farbengasse 2 • 99084 Erfurt

E-Mail: info@familienbund-erfurt.de

Internet: www.familienbund-erfurt.de

Datum: Montag, 16. Februar 2023

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V. dankt für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf abgeben zu dürfen und kommt Ihrer Bitte hiermit nach.

Die langfristige Ausrichtung der Förderung der sozialen Infrastruktur in Thüringen, die im Rahmen der Begründung des Gesetzesvorhabens angesprochen und mit der Umsetzung des Gesetzes realisiert werden soll, ist zu begrüßen. Die Festschreibung der Förderhöhen im Gesetz sichert Planungssicherheit für die Träger, sollte aber um weitere Förderbereiche erweitert werden.

Die vorgeschlagene Lösung durch die Festschreibung der Mindesthöhe der jährlichen Fördersummen der Förderbereiche örtliche Jugendförderung, Schulsozialarbeit, überörtliche Maßnahmen der Jugendarbeit sowie der örtlichen Familienförderung im Kontext des "Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen" sowie deren Dynamisierung (Frage Anlage 3) im Gesetzestext hilft den Verbänden und Maßnahmen in der langfristigen Sicherung ihrer Arbeit. Eine Verstetigung ermöglicht den Kommunen eine langfristige Planung im Besonderen im Rahmen kommunaler Familienförderpläne. Wir erkennen jedoch an, dass die Dynamisierung aufgrund der derzeit oft immensen Steigerungen bei Maßnahmekosten möglicherweise nicht ausreichend abgedeckt sein wird. Eine Überprüfung der im Gesetz festgeschriebenen Summen und des Modus der geplanten Dynamisierung wird daher notwendig sein.

Familienbund der Katholiken
im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.

Sitz: Farbengasse 2 • 99084 Erfurt
Anschrift: Hermannsplatz 9 • 99084 Erfurt
Telefon: 0361 6572 380 • Fax: 0361 6572 347
Mail: info@familienbund-erfurt.de
URL: www.familienbund-erfurt.de



TLT/252/23/1

Im Gegensatz zu den überörtlichen Maßnahmen der Jugendarbeit, ist die Festschreibung der überregionale Familienförderung bedauerlicherweise nicht Teil des Gesetzesvorhabens. Dies erschwert die dringend erforderliche Verstetigung und Dynamisierung der Förderung für die vielfältigen Maßnahmen, Einrichtungen und Verbände im Bereich der überregionalen Familienförderung. Die Festbetragsfinanzierung aus dem Jahr 2020 wurde bisher nicht angepasst, wodurch die steigenden Kosten bisher über die Anpassung des Stundenumfangs bei den Angestellten ausgeglichen werden mussten. Dies wirkt sich auf die Arbeit der Verbände aus.

Wir fordern daher die Festschreibung einer Mindestförderung und Dynamisierung der Projekte im Familienförderplan, parallel zu den anderen im Gesetzentwurf genannten Förderbereichen.

Neben der notwendigen Festschreibung und Erhöhung der überörtlichen Familienförderung ist auch eine Berücksichtigung der überregionalen Familienerholung und die finanzielle Abbildung der aktuell geplanten Sondermittel im Landesfamilienförderplan erforderlich. Im Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben" müssen zusätzliche Aufgaben, wie beispielsweise das Sonderprogramm "ThEKiZ", finanziell abgebildet und inhaltliche Weiterentwicklungen des Programms finanziell ermöglicht werden.

Die Aufnahme der Dynamisierungsklausel in Anlage 3 wird befürwortet.

In der Anhörung sollten, neben den im Verteiler genannten Teilnehmern, auch alle Mitglieder des Landesfamilienrates beteiligt werden.

Für den Familienbund der Katholiken

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Verband alleinerziehender Mütter u. Väter (VAMV Th)</i></td> <td style="border: none;"><i>e.V.</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"><i>Zschornstr. 35</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>07545 Gera</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Verband alleinerziehender Mütter u. Väter (VAMV Th)</i>	<i>e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Zschornstr. 35</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	<i>07545 Gera</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Verband alleinerziehender Mütter u. Väter (VAMV Th)</i>	<i>e.V.</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Zschornstr. 35</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	<i>07545 Gera</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert; d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Unterstützung / Information (fachlich fundiert) Allein- erzieher der in Thüringen insbesondere durch engagierte Lobbyarbeit - Netzwerkarbeit vor Ort, auf Landes- u. Bundesebene</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>• Anpassung der Richtlinie • Dynamisierung</i>	

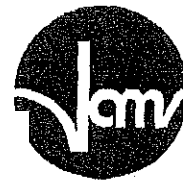
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 13.01.2023	

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
 Landesverband Thüringen e.V.
 Zschöchemstraße 35 · 07545 Gera
 Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
 e-Mail: vamv.thueringen@t-om

Verband Alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Thüringen e.V.
Zschochernstraße 35 07545 Gera



VAMV Thüringen*Zschochernstraße 35*07545 Gera
Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2294
zu Drs. 7/6576

13. Januar 2023

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der VAMV Landesverbandes Thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf. Wir begrüßen grundsätzlich die Festschreibung von Mindestfördersummen und eine Dynamisierung der vier Förderbereiche (örtliche Jugendförderung, Schulsozialarbeit, überörtliche Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen des Jugendförderplanes und der örtlichen Familienförderung ("Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen")). Durch die gesetzliche Verankerung von Mindestfördersummen wird Planungssicherheit für die beteiligten Träger gewonnen. Angebote und Projekte können damit verstetigt und gesichert werden.

Leider ist im Gesetzesentwurf – anders als der Titel des Entwurfes suggeriert – die überörtliche Familienförderung im Rahmen des Landesfamilienförderplanes nicht von dieser Gesetzesänderung umfasst. Im Landesfamilienförderplan sind wie im Landesjugendförderplan eine Vielzahl von Projekten, Maßnahmen und Verbänden geplant, die ebenfalls eine unverzichtbare Arbeit konkret in den Feldern der Familienbildung, Familienerholung, Familienberatung und der familienpolitischen Interessensvertretung jeweils überregional leisten. Auch für dieses Feld, dass erst seit dem Jahr 2021 in der Form des Landesfamilienförderplanes strukturiert ist, fordern wir sehr deutlich auch die Festschreibung einer Mindestfördersumme samt Dynamisierung in diesem Gesetz für die überörtliche Familienförderung im Rahmen des Landesfamilienförderplanes, da auch hier die Planungssicherheit benötigt wird.

Wir unterstützen sehr die Aufnahme einer Dynamisierungsklausel, die in der Anhörung am Ende als Fragestellung formuliert ist. Die vorgeschlagene Form, den Betrag um den durch das für Finanzen zuständige Ministerium vorgegebenen Betrag für die Berechnung der Personalausgaben der Landesbediensteten zu erhöhen, scheint eine einfache und pragmatische Lösung zu sein. Diese begrüßen wir ausdrücklich.



Zum Landesprogramm solidarisches Zusammenleben

Hinsichtlich des Landesprogramms solidarisches Zusammenleben (LSZ) möchten wir darauf hinweisen, dass dieses zukünftig in der Höhe angepasst werden muss, denn dort ist bspw. ohne Erhöhung des Titels das Sonderprogramm ThEKIZ eingebunden worden. Zudem sind inzwischen im Sinne dieses Förderprogramms alle Kommunen nicht mehr in Stufe eins, sondern haben sich weiterentwickelt und kommen dem Ziel des Programmes, der beteiligungsorientierten Ermittlung der Bedarfe und der darauf basierenden integrierten Sozialplanung nach. Mit gleichbleibendem Budget und steigenden Kosten ist es den Kommunen oftmals kaum möglich, mehr als eine Bestandsförderung zu realisieren und das LSZ weiterzuentwickeln. Damit wäre der Grundgedanke des LSZ, Vorortbedarfe zeitnah bedienen zu können“ ad absurdum geführt.

Darüber hinaus sei perspektivisch geplant das Programm AGATHE zukünftig ebenso unter das Dach des LSZ aufzunehmen. Solche und ggf. weitere Verlagerungen von Aufgaben in das LSZ dürfen nicht zu einer indirekten Kürzung des Budgets führen.

Zur überörtlichen Familienförderung

Die Richtlinien für die überörtliche Familienförderung schreiben für verschiedenste Projekte und Verbände seit 2020 eine Festbetragsfinanzierung vor. Die jeweiligen Summen wurden seitdem nicht angepasst. Eine Dynamisierung ist hier dringend nötig. Denn die Verbände und Einrichtungen kürzen bisher aufgrund steigender Kosten den Stundenumfang beim Personal, um einen Ausgleich zu ermöglichen. **Das wiederum mindert die Zeit, die für die Beratung unserer Familien nicht zur Verfügung steht.**

Die wiederholt notwendige zusätzliche Bereitstellung von Sondermitteln z.B. für die Familienerholung macht ebenfalls deutlich, dass die derzeitige Summe von 1.710.000 € für die Finanzierung des Landesfamilienförderplanes nicht ausreichend ist. Ein neuer Landesfamilienförderplan ab 2024 sollte Familienerholungsprogramme stärker berücksichtigen.

Aus unserer Sicht ist es notwendig, diese „Sonderprogramme“ im Landesfamilienförderplan abzubilden und bei den Mindestsummen zu berücksichtigen. Wir gehen davon aus, dass die im Entwurf beschriebene Dynamisierung an die Einrichtungen und Verbände weitergereicht wird (zeitnahe Richtlinienanpassung).

Mit freundlichen Grüßen

VAMV

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Thüringen e.V.
Zschochernstraße 35 · 07545 Gera
Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
e-Mail: vamv.thueringen@t-online.de

/ VAMV Landesverband Thüringen e.V.
Vorstand

Fragestellung

zum Beratungsgegenstand

„Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats“

Fragestellung

Wie bewerten Sie folgende mögliche ergänzende Formulierung im jeweiligen zu ändernden Paragraphen in Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfs?

„Beginnend mit dem Jahr 2024 erhöht sich der in Satz 2 genannte Betrag um den durch das für Finanzen zuständige Ministerium vorgegebenen Betrag für die Berechnung der Personalausgaben der Landesbediensteten.“

= Siehe Stellungnahme LAMV e.V.
Thüringen e.V. = Absatz 3.

Lebender Mütter und Väter
Land Thüringen e.V.
Straße 35 · 07546 Gera
Telefon: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
thuringen@t-online.de



4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie</td> <td>Geschäftsstelle des Landesfamilienrates</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Wesner-Seelenbinder-Straße, 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	Geschäftsstelle des Landesfamilienrates	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wesner-Seelenbinder-Straße, 6	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	Geschäftsstelle des Landesfamilienrates										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wesner-Seelenbinder-Straße, 6										
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Sachbearbeiter: Landesfamilienförderplanung, Landesfamilienrat	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung gerechtl. Mindestfördersumme + Dynamisierung für die überregionale Familienförderung • Erhöhung der gerechtl. Mindestfördersumme im LSZ auf den HH-Ausatz 2022 + Dynamisierung 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 27.02.23	

THÜR. LANDTAG POST
10.02.2023 08:13

4272/2023



Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Postfach 90 03 54, 99106 Erfurt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer, MdL

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Stellungnahme des Landesfamilienrats zum Entwurf des Gesetzes zur
Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen
Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den
überregionalen Angeboten des Freistaates**

Erfurt, 08.02.2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anbei erhalten Sie eine Stellungnahme des Landesfamilienrats zum Entwurf des Gesetzes zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates (Drs. 7/6576).

Als Geschäftsstelle des Thüringer Landesfamilienrats bitten wir um Verteilung der Stellungnahme an die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport sowie an die Mitglieder des beteiligten Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Dieses Schreiben geht Ihnen parallel auch in postalischer Form zu.



Thüringer Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im
TMASGFF nur dem Empfang einfacher
Mitteilungen ohne Signatur
und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzinformation des
TMASGFF können Sie unter
[http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/
datenschutz/](http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/datenschutz/) abrufen. Auf Wunsch
übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.



Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

An die Mitglieder des Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport
sowie
an die Mitglieder des Ausschusses für
Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung

**Stellungnahme des Landesfamilienrats zum Entwurf des Gesetzes zur
Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen
Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den
überregionalen Angeboten des Freistaates**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Erfurt, 07.02.2023

die Mitglieder des Landesfamilienrats (Auflistung der Mitgliedsorganisationen
siehe untenstehend) nehmen bezüglich des Entwurfes eines Gesetzes zur Si-
cherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in
den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angebo-
ten des Freistaates (Drs. 7/6576) Stellung.

Der Landesfamilienrat setzt sich ein für:

- die gesetzliche Festschreibung einer Mindestfördersumme im Landes-
programm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)“ in
Höhe des Haushaltsansatzes für 2022 von 15.898.000 EUR,
- eine angemessene jährliche Dynamisierung der gesetzlichen Förder-
summe im LSZ,
- die zusätzliche Aufnahme einer gesetzlichen Festschreibung einer
Mindestfördersumme für die überregionale Familienförderung in Höhe
des Ansatzes für 2023 von 2.210.000 EUR sowie
- eine angemessene jährliche Dynamisierung der gesetzlichen Förder-
summe auch in der überregionalen Familienförderung.

Dies wird im Folgenden einzeln begründet:

Die Mitglieder des Thüringer Landesfamilienrates begrüßen und befürworten
die vorgesehene gesetzliche Festschreibung von Mindestfördersummen in



Thüringer Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im TMASGFF
nur dem Empfang einfacher Mitteilun-
gen ohne Signatur
und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzinformation des
TMASGFF können Sie unter
[http://www.thueringen.de/th7/tmas-
gff/datenschutz/](http://www.thueringen.de/th7/tmas-gff/datenschutz/) abrufen. Auf Wunsch
übersenden wir Ihnen eine Papierfas-
sung.

Verbindung mit einer Dynamisierung der Förderbereiche örtliche Jugendförderung, Schulsozialarbeit sowie im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ als regionale Familienförderung. Dabei wird ausdrücklich betont, dass die damit verbundene gesicherte und verstetigte Planungssicherheit bei den Angebots- und Maßnahmeträgern einen erheblichen Mehrwert darstellt. Die langfristige und überjährige Planungssicherheit, die die Festlegung von Mindestfördersummen inklusive einer feststehenden Dynamisierung für die Träger mit sich bringt, ermöglicht eine langfristig verstetigte Projektplanung und folglich auch -weiterentwicklung. Dies wäre ein bedeutender Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation vieler Familien in Thüringen, auch und besonders im Hinblick auf die gegebenen Belastungen mit denen sich Familien im Zuge der Covid-19-Pandemie und deren Folgen konfrontiert sahen und auch weiterhin sehen.

Gleichzeitig wird von Seiten des Landesfamilienrates darauf hingewiesen, dass aufgrund der stark gestiegenen Personal- und Sachausgaben eine Dynamisierung der Mindestfördersummen in den genannten Förderbereichen als unbedingt notwendig erachtet wird, um einer Einschränkung bzw. Reduzierung der Angebote entgegenzuwirken.

Entgegen der Bezeichnung des o. g. Gesetzentwurfes umfasst der avisierte Gesetzentwurf derzeit nicht die überregionale Familienförderung (§§ 6, 7, 9 und 10 Thüringer Familienförderungssicherungsgesetz (ThürFamFöSiG)) im Rahmen des Landesfamilienförderplanes gemäß § 5 ThürFamFöSiG. In der überregionalen Familienförderung sind eine Vielzahl an Projekten, Maßnahmen und vor allem personelle Strukturen in Familienverbänden und Familienorganisationen, Projekten und Familienferienstätten geplant, die im Bereich der Familienpolitik, Familienbildung und -erholung sowie der Familienberatung einen unverzichtbaren Beitrag – u. a. in Form der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben aus § 16 SGB VIII – zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien, aber auch Seniorinnen und Senioren in Thüringen leisten.

Da die überregionale Familienförderung bzw. die Landesfamilienförderplanung einen elementaren Bestandteil der Familienförderungsstrategie des Freistaates Thüringen darstellt, fordern die Mitglieder des Landesfamilienrates für die überregionale Familienförderung ebenso eine gesetzliche Festlegung einer Mindestfördersumme sowie eine Dynamisierung, wie dies im Bereich der regionalen Familienförderung bzw. dem LSZ im Kontext des o. g. Gesetzentwurfes derzeit diskutiert wird. Nur so kann aus Sicht der Mitglieder des Landesfamilienrates die Familienförderung des Freistaates Thüringen auf örtlicher und überörtlicher Ebene in ihrer Gesamtheit planungssicher und stringent umgesetzt werden.

Eine Ungleichbehandlung der Angebots- und Maßnahmeträger im Bereich der überregionalen Familienförderung gegenüber den Trägern in der regionalen Familienförderung (LSZ) vor allem im Punkt der (finanziellen) Planungssicherheit wird im Landesfamilienrat als kritisch und wenig zielführend bewertet.

Die Förderrichtlinie der überregionalen Familienförderung sieht im Bereich der Förderung der Familienverbände und -organisationen (§ 6 ThürFamFöSiG) und in den Familienferienstätten (§ 7 ThürFamFöSiG) eine jährliche Festbetragsfinanzierung vor. Die so vorgesehenen Förderhöchstsummen gelten seit dem Förderjahr 2019. In Anbetracht der für die Angebots- und Maßnahmeträger in diesem Zeitraum gestiegenen Personal- und Sachausgaben besteht die Gefahr einer Reduzierung der geleisteten Arbeit und damit die Einschränkung der Angebote für Thüringer Familien.

Die im Landeshaushalt 2023 zusätzlich zu den 1,71 Mio. EUR zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel für Familienerholungsmaßnahmen in Höhe von 500.000 EUR bestätigen den steigenden Bedarf im Bereich der überregionalen Familienförderung. Dies soll sich auch im Landesfamilienförderplan 2024 bis 2026 niederschlagen.

Die Mitglieder des Landesfamilienrats weisen in Folge dessen darauf hin, dass eine stringent umgesetzte Familienförderung im Freistaat Thüringen daher die gesetzliche Festlegung einer Mindestfördersumme entsprechend der Haushaltsansätze 2023 in der überregionalen Familienförderung umfassen muss. Um über mehrere Jahre hinweg den derzeitigen Leistungsumfang mindestens aufrecht erhalten zu können, bedarf es auch hier einer Dynamisierung.

Im Bereich des LSZ als regionale Familienförderung sieht der Landesfamilienrat ebenso den Bedarf der Landkreise und kreisfreien Städte nach Planungssicherheit und damit einhergehender Handlungsfähigkeit. Wenn das Landesprogramm dem ihm zugrundeliegenden Grundgedanken einer stetigen Weiterentwicklung der Familienförderung als Teil integrierter Fachplanungen folgend ausgebaut werden soll und weitere Aspekte mittel- oder langfristig ebenso ins LSZ integriert werden sollen, bedarf es der Erhöhung der Mindestsumme in § 4 ThürFamFöSiG. Entsprechend spricht sich der Landesfamilienrat auch im LSZ ausdrücklich für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestförderbetrags aus, regt aber zugleich an, die Fördersumme auf die Haushaltsansätze für 2022 in Höhe von 15.898.000 EUR festzulegen. Zudem ist auch hier eine Dynamisierung unverzichtbar, um dem innovativen Charakter dieses bundesweit einmaligen Programms Rechnung zu tragen. Die aktuelle Fördersumme im Entwurf in Höhe von 14.420.000 EUR sichert aktuell lediglich den Bestand und verhindert damit innovative neue Vorhaben. Sollte die Fördersumme nicht entsprechend erhöht werden und die Dynamisierung nicht erfol-

gen, dann würde die fachliche Arbeit der geförderten Einrichtungen und Maßnahmen demgemäß mittel- und langfristig reduziert werden, da diese sich mit steigenden Personal- und Sachkosten konfrontiert sehen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf keine Regelungen zum Inkrafttreten beinhaltet. Dieser Zeitpunkt ist allerdings von erheblicher Bedeutung für die praktische Umsetzung der geförderten Maßnahmen, sowie für die mit der Förderung verbundenen förderrechtlichen Verwaltungsprozesse.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heike Werner

Vorsitzende des Landesfamilienrats

(ohne Unterschrift, Schreiben elektronisch erstellt und autorisiert)

Zusammensetzung des Thüringer Landesfamilienrat gemäß dessen Geschäftsordnung vom 24. Juli 2020

Folgende Institutionen und Akteure entsenden jeweils ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied in den Thüringer Landesfamilienrat:

- Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen (AKF),
- Evangelisches Büro Thüringen,
- Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.,
- Jüdische Landesgemeinde Thüringen,
- Katholisches Büro Thüringen,
- Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Familienzentren,
- Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Mehrgenerationenhäuser,
- Landeselternvertretung Thüringen,
- Landesjugendhilfeausschuss Thüringen,

- Landesjugendring Thüringen e. V.,
- Landesschülervertretung Thüringen,
- Landesseniorenrat Thüringen,
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.,
- LIGA Selbstvertretung Thüringen e. V.,
- Lokale Bündnisse für Familien Thüringen,
- Lesben- und Schwulenverband Thüringen e. V.,
- MigraNetz Thüringen e. V.,
- Netzwerk Pflegebegleitung Thüringen,
- Thadine – Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk,
- Thüringer Arbeitskreis für Familienerholung (TAF),
- Thüringer Ehrenamtsstiftung,
- Thüringer Landesmedienanstalt,
- Thüringischer Landkreistag e. V.,
- das für Demografiepolitik zuständige Thüringer Ministerium,
- das für Digitalisierung zuständige Thüringer Ministerium sowie
- das für Jugendpolitik zuständige Thüringer Ministerium.

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)